



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

E. von Seydlitz'sche Geographie

Handbuch

Deutschland

Seydlitz, Ernst von

Breslau, 1925

1. Gebiets- und Bevölkerungsverluste

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77102](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77102)

tige Zweige der Verwaltung und Gesetzgebung, wie die auswärtige Vertretung, die Verteidigungseinrichtungen, das Kolonialwesen, die Handelsflotte, die Zölle, das Münz-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, wichtige Steuern, die Eisenbahnen, die Wasserstraßen u. a. dem Reich vorbehalten.

Auch die Gliedstaaten des Reiches wurden in Frei- oder Volksstaaten mit parlamentarischem Regierungssystem umgewandelt. In der amtlichen Sprache werden sie in ihrem Verhältnis zum Reich als „Länder“ bezeichnet. Die Gestalt und Abgrenzung der einzelnen Länder hat, abgesehen von denjenigen, die durch Abtretungen an unsere Feinde zerstückelt wurden, nur geringe Änderungen erfahren. Der Zusammenschluß der thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, S.-Gotha, S.-Altenburg, S.-Meiningen, Reuß und der beiden Schwarzburg zu dem Lande Thüringen ließ sieben der kleineren deutschen Staatswesen verschwinden. Der südlich des Thüringer Waldes gelegene Landesteil Coburg wurde mit Bayern vereinigt, der waldeckische Kreis Pyrmont der preußischen Provinz Hannover eingegliedert. Die Provinzen Westpreußen und Posen sind durch Abtretung an Polen als solche verschwunden. Der östlich der Weichsel übriggebliebene Teil Westpreußens — Pomesanien — kam zu Ostpreußen. Die im Westen beider Provinzen deutsch gebliebenen schmalen Streifen bilden jetzt die Grenzmark Posen-Westpreußen mit dem Verwaltungssitz in Schneidemühl (Abb. 339). Oberschlesien wurde vor der Besetzung durch die Entente von Schlesien abgetrennt und zu einer selbständigen Provinz umgestaltet. Das nach der Teilung des Landes bei Deutschland verbliebene Gebiet behielt diese Stellung bei. Endlich schied man aus wirtschaftlichen und Verwaltungstechnischen Gründen den Bezirk von Groß-Berlin aus der Provinz Brandenburg aus und gab ihm in einigen Belangen die Stellung einer selbständigen Provinz.

Über Größe, Einwohnerzahl, Verwaltungsgebiete und wirtschaftliche Verhältnisse der deutschen Gliedstaaten vergleiche die „Übersicht über Verwaltung und Wirtschaft des Deutschen Reiches und seiner Länder“ S. 324 ff.

II. DIE WIRKUNGEN DES VERSAILLER DIKTATES

1. GEBIETS- UND BEVÖLKERUNGSVERLUSTE

Die furchtbaren Wunden, die die schweren Bedingungen des Versailler Diktates dem deutschen Vaterlande geschlagen haben, treten am deutlichsten in Erscheinung in den großen Gebiets- und Bevölkerungsverlusten, die das Deutsche Reich an seinen Rändern erlitt. Das urdeutsche Elsaß und Deutsch-Lothringen, Posen und der größte Teil von Westpreußen wurden uns entrissen. Nachträglich ist unter offenem Bruch der Friedensbedingungen auch noch ein großer Teil des ausschließlich durch deutsche Arbeit emporgekommenen Oberschlesien weggenommen worden; schwer bedroht ist das Saargebiet und auch die Pfalz.

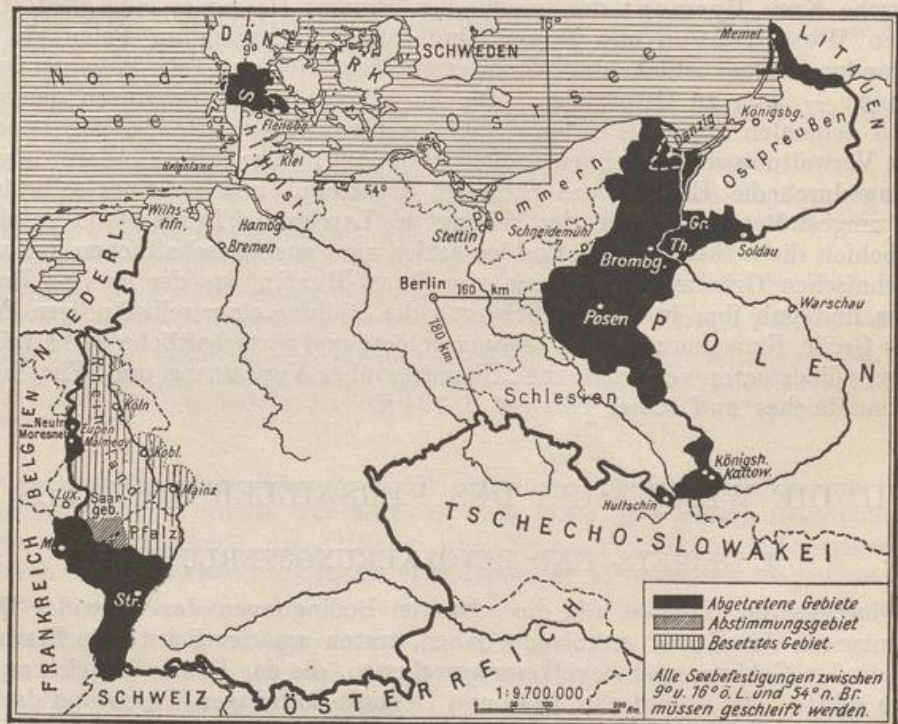
Die im Westen und Osten des Reiches sofort und bedingungslos abzutretenden Gebiete haben eine Gesamtgröße von rund 62000 qkm mit einer Bevölkerung von 5,4 Millionen. In sechs weiteren, zum Teil sehr umfangreichen Gebieten sollte die Bevölkerung durch Abstimmung bekunden, ob ihr Land fernerhin bei Deutschland bleibe oder nicht. Der Abstimmung waren unterworfen: die Kreise Eupen und Malmedy, der Norden Schleswig-Holsteins, die westpreußische Landschaft Pomesanien, das Masurische Seengebiet, Oberschlesien mit Ausnahme der rein deutschen Kreise im NW der Provinz und das sogenannte Saargebiet.

Die nach den vollzogenen Abstimmungen endgültig erfolgte neue Grenzziehung unseres Vaterlandes ergibt das in der folgenden Tabelle dargestellte Bild unserer Gesamtverluste.

Die Verluste des Deutschen Reiches durch das Versailler Diktat

Nach dem Stande vom 1. Dezember 1910.

Von Ostpreußen . . .	2657	qkm mit 141 000	Einwohnern an Litauen
	501	" "	25 000 " " Polen
" Westpreußen . . .	15 864	" "	965 000 " " Polen
	1 914	" "	331 000 " " Danzig
" Posen	26 042	" "	1 946 500 " " Polen
" Brandenburg . . .	0,05	" "	" " "
" Pommern	10	" "	224 " " "
" Niederschlesien . .	512	" "	26 200 " " "
" Oberschlesien . . .	3 221	" "	893 000 " " "
	316	" "	48 500 " " die Tschechoslowakei
" Schleswig-Holstein	3 993	" "	166 300 " " Dänemark
" der Rheinprovinz	1 036	" "	60 000 " " Belgien
Verluste Preußens	56 066	qkm mit 4 603 000	Einwohnern
Elsaß-Lothringen	14 522	" "	1 874 000 " " an Frankreich



41. Die abgetretenen und besetzten Gebiete Deutschlands nach dem Diktat von Versailles und die Verteilung der verlorenen Gebiete. (Nach Wirtschaft und Statistik.)

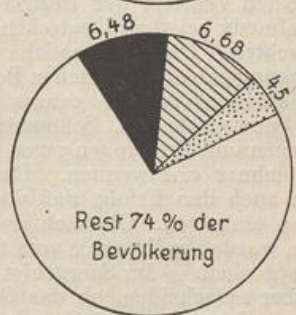
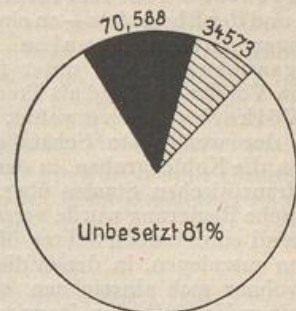
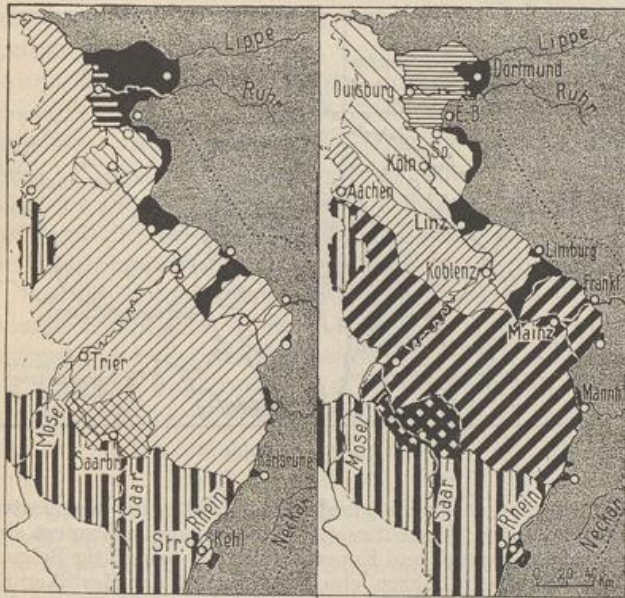
Der Gesamtverlust des Deutschen Reiches beträgt demnach 70 588 qkm mit 6 477 000 Einwohnern oder rund ein Achtel seiner Fläche und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Der Flächenverlust entspricht ungefähr der Größe Bayerns rechts des Rheines (69 900 qkm), der Verlust an Bevölkerung der Gesamtbevölkerung dieses Staates (7 Mill.).

Deutschland vor und nach dem Kriege

1914: 540 858 qkm	6 779 000 Einw.	125,3 Einw. auf 1 qkm
1922: 472 034 „	rund 6 200 000 „	etwa 132 „ „ 1 „ „ ¹

¹ Nach der Angabe des Statistischen Jahrbuches 1914 beträgt die Größe Deutschlands im alten Umfange 540 858 qkm. Zieht man davon die nach dem Jahrbuch 1923 angegebene Größe des gesamten Verlustes von 70 588 qkm ab, so kommt

Zu den an den Grenzen Deutschlands verlorenen Gebieten kommt weiter der Verlust unseres gesamten Kolonialbesitzes — 2,9 Millionen qkm mit rund 15 Millionen Einwohnern. Ferner ist in diesem Zusammenhange der vorläufige Verlust des Saargebietes zu nennen (1926 qkm mit 676 000 deutschen Einwohnern), das aber staats-



43. Deutschlands Verlust an Gebiet in qkm, an Bevölkerung in Mill. Im oberen Kreis ist die Fläche des besetzten Ruhrgebietes wegen ihrer geringen Größe schwer darstellbar und daher nicht besonders ausgeschieden. Im Diagramm der Bevölkerung spielt dagegen das Ruhrgebiet infolge seiner dichten Bevölkerung eine große Rolle.

42. Das besetzte Land am Rhein. (Nach der Karte der besetzten Gebiete von P. Sprigade.)

rechtlich nach wie vor deutsches Gebiet ist. Gewaltige wirtschaftliche Verluste bedeutet endlich die Besetzung alles linksrheinischen deutschen Landes unter Verhältnissen, die denen einer Fremdherrschaft verzweifelt ähnlich sind, und der im Januar 1923 erfolgte rechtswidrige Einbruch in das Ruhrgebiet, dessen Abbau durch das Londoner Abkommen im August 1924 in die Wege geleitet wurde.

Besetztes Gebiet

Nach der Volkszählung von 1919

Saargebiet	1926 qkm mit	676 000 Einwohnern
Übriges altbesetztes Gebiet	30 038 „ „	6 000 000 „
Ruhrgebiet	2 609 „ „	4 500 000 „
34 573 qkm mit 11 176 000 Einwohnern.		

man auf die Zahl 470 269 qkm. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß in der Zahl 472 034 qkm die Flächen der Haife und kleiner Meeresteile enthalten sind, in der Zahl 540 858 des Jahrbuches 1914 dagegen nicht. Zum geringen Teil ist der Unterschied auf Neuvermessung zurückzuführen. — Einwohnerzahl und Volksdichte nach Angabe des Statistischen Reichsamtes unter Berücksichtigung der natürlichen Vermehrung und der Zuwanderung aus den abgetretenen Gebieten.

Außer den in den abgetretenen Gebieten wohnenden müssen also über 11 Millionen Deutsche, fast ein Fünftel der ganzen Reichsbevölkerung, das fremde Joch zeitweilig tragen.

Von den Abstimmungsgebieten nehmen zwei insofern eine Sonderstellung ein, als sie zunächst ohne weiteres abzutreten waren, und zwar Eupen-Malmedy (Abb. 169 u. 170) an Belgien, das Saargebiet — Teile der Provinz Rheinland und der Rheinpfalz — an einen fünfköpfigen internationalen Regierungsausschuß, der unter französischem Vorsitz das Land als Treuhänder des Völkerbundes verwaltet. Jedoch ging der wertvollste Schatz des Gebietes, die Kohlengruben, in den Besitz des französischen Staates über. — Die belgische Regierung wurde verpflichtet, während eines halben Jahres öffentlich Listen auszulegen, in denen diejenigen Einwohner sich einzeichnen konnten, die einen Verbleib der Bezirke Eupen — Malmedy bei dem Deutschen Reiche wünschten. Diese öffentliche Listenauslegung gab den belgischen Behörden die Möglichkeit, ein ganzes System von Schwierigkeiten, Schikanen, Weiterungen und Drohungen gegen etwaige Einzeichner anzuwenden. Das hatte denn auch den Erfolg, daß von 33 726 Abstimmungsberechtigten sich nur 270 in die ausgelegten Listen eintrugen. Obgleich die deutsche Regierung gegen diese Abstimmungsweise Protest einlegte, wurde ihr Ergebnis vom Obersten Rate anerkannt und Eupen — Malmedy endgültig Belgien zugesprochen. — Im Saargebiet soll erst nach fünfzehn Jahren eine Abstimmung der Bevölkerung darüber entscheiden, ob das Gebiet bei Deutschland bleiben oder zu Frankreich kommen oder ob es seinen gegenwärtigen politischen Zustand beibehalten soll. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, was wir trotz der mit allen Mitteln betriebenen Romanisierungsversuche Frankreichs zuversichtlich hoffen, so sind die Kohlengruben in Gold zurückzukaufen.

In den anderen Abstimmungsgebieten fiel die Abstimmung, trotzdem der nach den örtlichen Verhältnissen jeweils verschiedene Wahlmodus immer so gewählt war, daß die Durchsetzung des Deutschtums möglichst erschwert wurde, im allgemeinen zugunsten Deutschlands aus: In dem Abstimmungsgebiet Westpreußens wurden 92,4% der Stimmen, in dem Ostpreußens 97,9%, in Oberschlesien rund 60% für Deutschland abgegeben. Das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet (Abb. 45) war in eine größere nördliche (I.) und eine kleinere südliche (II.) Zone geteilt. Beide werden durch die sogenannte „Clausenlinie“¹ getrennt, die heute die Grenze des Deutschen Reiches gegen Dänemark ist². Die erste Zone stimmte mit 74,2% für Dänemark, die zweite mit 80% für Deutschland.

In den anderen Abstimmungsgebieten fiel die Abstimmung, trotzdem der nach den örtlichen Verhältnissen jeweils verschiedene Wahlmodus immer so gewählt war, daß die Durchsetzung des Deutschtums möglichst erschwert wurde, im allgemeinen zugunsten Deutschlands aus: In dem Abstimmungsgebiet Westpreußens wurden 92,4% der Stimmen, in dem Ostpreußens 97,9%, in Oberschlesien rund 60% für Deutschland abgegeben. Das nordschleswigsche Abstimmungsgebiet (Abb. 45) war in eine größere nördliche (I.) und eine kleinere südliche (II.) Zone geteilt. Beide werden durch die sogenannte „Clausenlinie“¹ getrennt, die heute die Grenze des Deutschen Reiches gegen Dänemark ist². Die erste Zone stimmte mit 74,2% für Dänemark, die zweite mit 80% für Deutschland.



44. Saargebiet.



45. Die Abstimmungszonen in Nord-Schleswig-Holstein. (Nach P. Langhans.)

¹ Nach dem Mag. H. V. Clausen in Kopenhagen, dem langjährigen Vorkämpfer dänischer Ansprüche in Nordschleswig.
² Damit kamen also auch die zahlreichen Gemeinden, die für Deutschland stimmten, die vier städtischen Ortschaften Apenrade, Sonderburg, Tondern und Hoyer, ferner 30 Landgemeinden und 5 Gutsbezirke an Dänemark. Der Versuch, wenigstens einen Teil der deutschgesinnten Bezirke durch die in Vorschlag gebrachte Tiedje-Grenzlinie (nach dem Ministerialrat Joh. Tiedje genannt) für Deutschland zu retten, ist gescheitert.

Es muß aber bei der Beurteilung der Abstimmungsergebnisse immer wieder darauf hingewiesen werden, daß bei Anwendung einer gerechteren und überall gleichen Abstimmungsart und bei Unterdrückung einseitiger Wahlbeeinflussung, wie sie der unerhörte polnische Terror in Oberschlesien darstellte, das Ergebnis noch viel günstiger für Deutschland gewesen wäre, derart, daß wir mit großer Wahrscheinlichkeit überhaupt keines der Abstimmungsgebiete verloren hätten.

Nach dem Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien mußte bei richtiger Auslegung des Versailler Diktates die Provinz ungeteilt bei Deutschland bleiben. Das „Oberschlesische Diktat“ des Völkerbundes aber überantwortete von dem ganzen Abstimmungsgebiet (10950 qkm mit 1 950 000 Einw.) rund 30% des Landes (3221 qkm) und 46% der Bevölkerung (893 000 Einw. nach der Zählung von 1910) der Polnischen Republik. Dabei wurde die Grenzziehung so gestaltet, daß das durch Bodenschätze (Abb. 51) oder in verkehrsgeographischer Beziehung (Kattowitz!) wertvollste Gebiet in möglichst großem Umfange von Deutschland losgerissen wurde, ohne Rücksicht darauf, daß damit Städte wie Königshütte, Kattowitz, Tarnowitz, die ihre Stimmen zu 75—85% für Deutschland abgegeben hatten, polnisch wurden¹ (Abb. 163).

Die Verteilung der von Deutschland losgetrennten Gebiete zeigen Tabelle, Diagramm und Karte S. 36. Der Memelgau untersteht vorläufig nach den Bestimmungen des Versailler Diktates der Entente, wurde aber nach einem gewaltsamen Einfall Litauens im Januar 1923 unter dessen Herrschaft gestellt. Die Selbständigkeitsbestrebungen eines Teiles seiner Bewohner stehen im Gegensatz zu den Ansprüchen Litauens und selbst Polens. Für beide ist der Ostseehafen Memel besonders begehrenswert. — Das Gebiet der Freien Stadt Danzig umfaßt das Weichseldelta und die Landschaft westlich und nordwestlich davon bis zum Turmberg und bis zu den Seebädern Oliva und Zoppot (Abb. 121). Das im Süden und Südwesten an die Grenze sich anschließende weitere deutsche Sprachgebiet wurde trotz mehrfacher Eingaben der betroffenen Orte an Polen gegeben, insbesondere auch die fast reindeutsche Stadt Dirschau. Durch die Herausschneidung dieses Eisenbahnknotenpunktes und wichtigen Brückenortes wurde die Haupteisenbahnlinie des Danziger Staatsgebietes zerrissen, den Polen aber ein bequemes Einfallstor nach Ostpreußen überantwortet. Diese erhielten außerdem allerlei Vorrechte in dem neuen Staate: Danzig gehört zum polnischen Zollgebiet, seine Vertretung gegenüber dem Ausland geschieht durch die polnische Regierung, alle Wasserstraßen und Eisenbahnen des Gebietes stehen unter polnischer Kontrolle und Mitverwaltung.

2. VERSCHLECHTERUNG DER GRENZEN DEUTSCHLANDS UND DER GEOGRAPHISCHEN BEDINGUNGEN SEINER LANDESVERTEIDIGUNG

Mit den nationalen und territorialen Verlusten, die die Abtrennung deutschen Gebietes mit sich brachte, verbindet sich weiter eine wesentliche Verschlechterung der Gestalt und der Grenzen des Deutschen Reiches. Schon im Grenzverlauf des alten Reiches lag die ungünstigste Strecke im Osten, indem hier einmal der polnische, andererseits der tschechische Keil, zwei Gebiete mit uns schon immer feindlich gesinnter Bevölkerung, weit gegen das Herz Deutschlands vorstoßen. Nachdem die deutsche Ostgrenze noch um 120 km westlich verlegt wurde, ist jetzt die polnische Grenze bei Birnbaum und Bentschen nur noch 160 km von Berlin entfernt, das damit praktisch unter den polnischen Kanonen liegt (Abb. 41). Nur 20 km weiter ist der nördlichste Punkt der Tschechoslowakei bei Schluckenau entfernt. Schlesien wird damit noch mehr als früher von beiden Seiten eingeschnürt und ragt als schmale politische Halbinsel in feindliches Gebiet hinein. — Eine weit schlimmere Grenzverschlechterung bedeutet die vollständige Abtrennung Ostpreußens durch den Polnischen Korridor, die um so weniger berechtigt erscheint, als ein breiter Streifen

¹ Deutschland verliert durch die neue Grenzziehung den südöstlichen Teil des Kreises Ratibor, die Kreise Rybnik (bis auf die Nordwestecke) und Pleß, den Südostzipfel des Kreises Gleiwitz, fast zwei Drittel des Kreises Hindenburg, die Stadt und den Landkreis Kattowitz, Kreis Königshütte, den Süd- und Ostteil des Landkreises Beuthen, endlich die überwiegenden Teile der Kreise Tarnowitz und Lublinitz.